

Impfung gegen Corona:

20 Mal mehr Verdachtsmeldungen als für andere Impfstoffe?

Die Impfungen gegen Corona seien sicher und wirksam, heißt es bis heute. Mehrere Kleine Anfragen des Bündnis Sahra Wagenknecht zeigen ein womöglich anderes Ergebnis.

[Ruth Schneeberger](#) | Berliner Zeitung

17.10.2024 | 11:44 Uhr



"Lange Nacht des Impfens" Anfang Oktober in Hamburg: Sowohl Impfstoffe gegen Grippe als auch gegen Corona waren im Angebot.

dpa

„Die Bundesregierung und das ihr unterstellte Paul-Ehrlich-Institut verweigern die gesetzlich vorgeschriebene Überwachung [der Sicherheit von Corona-Impfstoffen](#)“, sagt Jessica Tatti, Mitglied des Bundestags im [Bündnis Sahra Wagenknecht](#). „Anders lassen sich die mehr als dürtigen Reaktionen auf meine parlamentarischen Anfragen nicht mehr interpretieren“, so die Parlamentarische Geschäftsführerin der Gruppe BSW.

Tatti hatte bereits mehrfach sogenannte Kleine Anfragen zu dem Thema gestellt; im Juni hatte sie herausbekommen, dass die im März 2023 im ZDF von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) versprochenen umfangreichen [Hilfen für Impfgeschädigte bisher nicht umgesetzt wurden](#).

Was Tatti nun nach drei weiteren Kleinen Anfragen vermeldet, ist nochmal von größerem Interesse. Es betrifft die Verdachtsmeldungen, die beim Paul-Ehrlich-Institut bezüglich der

Corona-Impfungen während der Pandemie einliefen. Offenbar waren diese über 20 Mal so hoch wie bei allen anderen Impfstoffen zusammen.

Das PEI ist, wie das [RKI](#), dem Gesundheitsministerium unterstellt. Es soll für die Sicherheit von Medikamenten und Impfstoffen sorgen und eben deren Sicherheit für die Bevölkerung überwachen.

Auf BSW-Nachfrage nennt das Bundesgesundheitsministerium nun folgende Zahlen:

Für die rund 105 Millionen Impfungen abseits von Corona (also etwa gegen Grippe, Diphtherie, HPV o.ä.) gab es in den Jahren 2022 und 2023 insgesamt 8.659 Meldungen über den Verdacht einer Nebenwirkung oder Impfkomplication. Das geht aus einer Übersicht im aktuellen PEI-Bulletin zur Arzneimittelsicherheit hervor, Ausgabe 3/2024.

Umgerechnet bedeutet das für Nicht-Covid-Impfstoffe in diesen beiden Jahren eine Nebenwirkungsrate von einer Verdachtsmeldung auf 12.126 Impfungen.

Nun kommen die Impfungen gegen Corona. Hiervon wurden von Beginn der Impfkampagne am 27. Dezember 2020 an in Deutschland bis 31. März 2023 insgesamt 192.208.062 Impfungen verabreicht. Dem Paul-Ehrlich-Institut wurden dazu aber im gleichen Zeitraum 340.282 Meldungen über den Verdacht einer Nebenwirkung präsentiert. Das bedeutet: ein Nebenwirkungsverdacht auf 565 Impfungen.

Heißt im direkten Vergleich: Bei den Corona-Impfungen wurden rund 21 Mal mehr Verdachtsfallmeldungen registriert als bei allen anderen Impfungen im vergleichbaren Zeitraum zusammen.

„Trotz dieses deutlichen Alarmsignals weigert sich die Bundesregierung seit nunmehr fast vier Jahren, sich bei der Impfstoffüberwachung an geltendes Recht zu halten“, kritisiert Jessica Tatti: „Das ist völlig inakzeptabel. Die Bevölkerung muss endlich wissen, wie sicher diese neuartigen Impfstoffe wirklich sind.“

Mit geltendem Recht ist das Infektionsschutzgesetz gemeint, das im Herbst 2020 geändert wurde. Darin wird verlangt, dass die Nebenwirkungsmeldungen des Paul-Ehrlich-Instituts mit den Abrechnungsdaten (ICD-Codes) der Krankenkassen abgeglichen werden müssen. So ließe sich ein möglicher Anstieg etwa von neurologischen Erkrankungen, Myokarditis, Thrombosen oder Krebs zwischen dem ersten Corona-Jahr 2020 und den folgenden Jahren, in denen geimpft wurde, feststellen.

Tatti: „Lauterbach muss die Verantwortung übernehmen und zurücktreten“

Die Bundesregierung hat in ihrer aktuellen Antwort an das BSW nun bestätigt, dass eine solche Auswertung fast vier Jahre nach Start der Impfkampagne immer noch nicht erfolgt ist.

Tatti sagt dazu: „Es wirkt mittlerweile so, als würde die Bundesregierung vertuschen wollen, wie viele Impfgeschädigte es tatsächlich gibt.“ Sie hatte bereits im Juni wegen des Datenabgleichs zwischen PEI und Kassenärzten nachgehakt. „Dafür verstößt die Bundesregierung sogar gegen das Gesetz. Karl Lauterbach muss dafür die Verantwortung übernehmen und zurücktreten. Und es braucht endlich einen Corona-Untersuchungsausschuss“, fordert die Abgeordnete aus Reutlingen.



Jessica Tatti vom Bündnis Sahra Wagenknecht im September 2024 im Bundestag.

www.imago-images.de

Sie hatte sich in Tübingen mit Mitgliedern einer Post-Vac-Selbsthilfegruppe getroffen, die über ihre Erkrankungen, unzureichende medizinische Versorgung, Berufsunfähigkeit und finanzielle Not berichtet hatten. Seitdem stellt Tatti immer wieder Kleine Anfragen an die Bundesregierung zu diesem Thema.

So auch nun zu der Frage, die Karl Lauterbach selbst im ZDF im März 2023 aufgeworfen hatte: Um die Not der Impfgeschädigten zumindest in finanzieller Hinsicht zu lindern, hatte er im „heute journal“ angeregt, dass Hersteller wie Biontech Geld in eine freiwillige Stiftung für Betroffene von Impfschäden/Post-Vac einzahlen. Schließlich hätten die Pharmafirmen „exorbitante Gewinne“ durch den Verkauf von Impfstoffen erzielt, so Lauterbach damals: „Das könnte man erwarten.“

Zu den Milliarden-Gewinnen kamen beträchtliche staatliche Fördermittel. So wurde das Mainzer Unternehmen Biontech vom Bundesforschungsministerium mit 375 Millionen Euro für die Erforschung und Entwicklung von Corona-Impfstoffen gefördert, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine weitere Anfrage von Jessica Tatti hervorgeht. Jedoch, so die aktuelle Antwort aus dem Bundesgesundheitsministerium: „Die Einrichtung einer Stiftung zur Entschädigung von Personen, die nach COVID-19-Impfungen einen Impfschaden erlitten haben, ist der Bundesregierung nicht bekannt.“

Dazu Jessica Tatti: „Es war falsch, dass die Regierung Biontech und Co. von der Haftung für Impfschäden befreit hat. Die Pharmakonzerne haben gigantische Gewinne mit Corona-Impfstoffen erzielt – und jetzt ist nicht einmal ein kleiner Teil davon für die Impfgeschädigten übrig.“ Die 43-jährige BSW-Politikerin bezeichnet das als „verantwortungsloses und schäbiges Verhalten“.

www.berliner-zeitung.de/gesundheit-oekologie/corona-impfung-20-mal-mehr-verdachtsmeldungen-als-fuer-andere-impfstoffe-li.2263524